NIEDERSCHRIFT Nr. 6/2023

über die Gemeinderatssitzung am 16. November 2023 im Sitzungssaal des Gemeindeamtes Thaur.

Beginn: 18:00 Uhr Ende: 20:30 Uhr

Anwesend: Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank;
Romed Giner, Prof. Mag. Josef Bertsch, Karin Sommeregger, Judith Huetz, Barbara Thien-Mattulat, Josef Wopfner, Ing. DI (FH) Christoph Niederhauser, Christian Hofmann, Markus Isser, Mag. Karin Lamm, Reinhold Deiser, Gabriele Brandmayr, Daniel Plank

Abwesend: Bürgermeister Christoph Walser – Ersatz David Bichler

Zuhörer: 2

Schriftführer: Wolfgang Winkler

Tagesordnung (öffentlicher Teil):

1. Antrag des Ausschusses für Raumordnung und Entwicklung:
   Aufhebung der Grünzone auf der Liegenschaft Bundesstraße 30, Gst. 2578, KG 81015 Thaur I
2. Anträge des Gemeindevorstandes:
   a) Dienstbarkeitsvertrag mit Johannes Hofmann – Gehrecht „Kinzach"
   b) Wohnungsvergabe Vigilgasse 17b/9 (Wohnungseigentum Tirol)
3. Anträge des Ausschusses für Infrastruktur, Mobilität und Verkehr:
   a) Verordnung zur öffentlichen Erklärung gem. § 13 Abs. 1 TStG des neuen Straßenastes am „Stieranger" Gp. 500 KG 81015 Thaur I
   b) Verordnung zur Abwertung § 52/23 STVO des neuen Straßenastes am „Stieranger" gegenüber Kaponsfeld und Föhrenweg
4. Anträge des Ausschusses für Gemeindeimmobilien, Sport, Kultur und Abfallwirtschaft:
   a) Schaffung eines zusätzlichen Gruppenraumes für die Schulische Tagesbetreuung in der ehemaligen Garderobe im „Alten Gericht"
   b) Erneuerung der Polsterung im Barbereich des „Alten Gerichts"
   c) Ankauf eines Containers für einen neuen Kassenraum beim Wertstoffhof
   d) Subventionsansuchen Pfarre Thaur
5. Berichte des Bürgermeisters
6. Personalangelegenheiten
7. Anträge, Anfragen und Allfälliges

Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank begrüßt alle Anwesenden zur Gemeinderatssitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest. Im Anschluss stellt Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank den Antrag, den Tagesordnungspunkt 2a) Dienstbarkeitsvertrag mit Johannes Hofmann - Gehrecht „Kinzach" von der Tagesordnung abzusetzen, stattdessen soll unter Punkt 2a) „Neubeschluss Waldumlage" behandelt werden. Zusätzlich soll unter Punkt 3c) Buslinie 508 – Fahrplananpassung als Erweiterung aufgenommen werden. Weiters soll unter Tagesordnungspunkt 2b) Wohnungsvergabe Vigilgasse 17b/9 (Wohnungseigentum Tirol) und Punkt 6) Personalangelegenheiten im nicht öffentlichen Teil behandelt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank begrüßt RA Mag. Peisser. Er schildert kurz den aktuellen Stand des Projektsicherungsvertrags von theTHAUR 2.0 GmbH des Bauwerbers Herrn Markus Jordan-Sailer. Es liegt nun ein finalisierter Entwurf vor, der laut RA Mag. Peisser alle Forderungen seitens der Gemeinde beinhalte und somit unterschrieben werden kann.

GR Josef Wopfner fragt nach, weshalb im Vertrag von Wohnungseigentum gesprochen wird. RA Mag. Peisser informiert, dass bei Büroräumen das Wohnungseigentumsrecht angewandt werden kann. Prof. Mag. Josef Bertsch möchte noch einmal sichergehen, dass keine Betriebswohnung zugesagt wurde. RA Mag. Peisser bestätigt, dass keine Betriebswohnung genehmigt wurde. Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank schlägt vor, den finalen Vertrag zu beschließen und unter Punkt 2c) „Projektsicherungsvertrag" in die Tagesordnung mit aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

zu 1)
GR Josef Wopfner trägt in der Vertretung von Obmann des Ausschusses für Raumordnung und Entwicklung, Bürgermeister Christoph Walser, diesen Tagesordnungspunkt vor:

Die Liegenschaft Bundesstraße 30, bestehend aus Teilen der Grundstücke Gst. 2578, 2577, 2576 und 3905 nach dem „Altstand" der Grundzusammenlegung, befinden sich teilweise in der überörtlichen Grünzone. Es soll nun ein Antrag an das Amt der Tiroler Landesregierung zur Aufhebung der Grünzone gestellt werden. Aus diesem Grund wurde eine raumordnungsfachliche Stellungnahme durch das Raumplanungsbüro Planalp eingeholt. Die beantragte Nutzung der Flächen von ca. 700 m² als zweckgebundene Sonderfläche und als Lagerfläche ohne besondere bauliche Anlagen lässt keine Nutzungskonflikte mit den Zielsetzungen des TROG 2022 erkennen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

zu 2)
Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank trägt diesen Tagesordnungspunkt vor:

a)
2017 wurde die Tiroler Waldordnung 2005 umfangreich novelliert. Seit dem Vorschreibungsjahr 2019 erfolgt die Berechnung der Waldumlage, nach den in den Gemeinden beschlossenen Umlagesätzen, auf Basis der von der Landesregierung durch Verordnung einheitlich festgelegten Hektarsätze. Eine Beschlussfassung ist erst dann wieder notwendig, wenn seitens der Landesregierung neue Hektarsätze beschlossen werden. Die Landesregierung hat nun am 05.09.2023 die Hektarsätze durch Erlassung einer neuen Verordnung erhöht (Wirtschaftswald € 26,90 pro ha, Schutzwald im Ertrag € 13,45 pro ha, Teilwald im Ertrag € 20,17 pro ha). Die Gemeinde muss bis 31.12.2023 die Verordnung über die Waldumlage neu beschließen, damit die angehobenen Umlagesätze mit 1.1.2024 in Geltung stehen. Damit ist gewährleistet, dass die erhöhten Hektarsätze im Vorschreibungsjahr 2024 zur Anwendung gelangen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

b)
Es wurde die Wohnungsvergabe in der Vigilgasse 17b/9 im nicht öffentlichen Teil einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

c)
Der finale Entwurf des Projektsicherungsvertrages theTHAUR 2.0 GmbH ist jedem Gemeinderatsmitglied zugegangen. Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank stellt fest, dass RA Mag. Peisser den Vertrag gepüft hat und somit zur Beschlussfassung gelangen kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

zu 3)
Der Obmann des Ausschusses für Infrastruktur, Mobilität und Verkehr, GR Ing. DI (FH) Christoph Niederhauser trägt diesen Tagesordnungspunkt vor:

a)
Der Gemeinderat hat in der Gemeinderatssitzung vom 29.03.2023 die Erschließung des Stierangers beschlossen. Nunmehr sind die Bauarbeiten abgeschlossen und die Straße „Wilhelm-Isser-Weg" steht für den öffentlichen Verkehr zur Verfügung. Gemäß § 13 Abs. 1 TStG ist der Straßenast per Verordnung zur öffentlichen Gemeindestraße zu erklären.

GR Mag. Karin Lamm erkundigt sich, ob über die Straßenbezeichnung ebenfalls abgestimmt wird. Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank informiert, dass die Straßenbezeichnung der Gemeindevorstand beschlossen hat. Es wurde in dieser Sitzung intensiv diskutiert.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

b)
Im Zusammenhang mit obiger öffentlicher Erklärung des „Wilhelm-Isser-Weges" soll dieser gegenüber dem „Föhrenweg" und dem „Kaponsfeld" abgewertet werden. Es ist unmittelbar an beiden Straßeneinbindungen das Vorschriftszeichen gemäß § 52/23 StVO 1960 „Vorrang geben" zu verordnen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

c)
Die seit Dezember 2022 eingeführte Buslinie 508 ist sehr gut ausgelastet, weshalb nun eine Fahrplananpassung angedacht wurde. Nach Verhandlungen mit dem Verkehrsverbund Tirol (VVT) liegt nun ein Angebot vor. An den Samstagen soll ganzjährig ab 07:28 bis 18:28 Uhr (stündlich) der Linienverkehr ausgeweitet werden. Während der Schulferien reicht ein ½ Stunden-Takt (bislang ¼ Stunden-Takt) in den Morgenstunden. Eine zusätzliche Haltestelle beim Interspar Neu-Rum wird eingeführt. Die Mehrkosten für die Gemeinde betragen € 1.350,00 jährlich. Die Umsetzung des Fahrplanwechsels soll bereits ab 11.12.2023 erfolgen.

An dieser Stelle bedankt sich Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank bei GR Ing. DI (FH) Christoph Niederhauser für seinen persönlichen Einsatz und die erfolgreiche Verhandlung. GR Mag. Karin Lamm merkt an, dass mehrfach die Anschlussbusse (501, 502) vom Fahrer der Linie 508 nicht abgewartet wurden. Ing. DI (FH) Christoph Niederhauser wird mit dem Verantwortlichen sprechen, dass bei Sichtweite des Anschlussbusses noch zugewartet werden soll. GR Karin Sommeregger merkt an, dass es im Bereich der Haltestelle „Hottstatt" sehr dunkel sei. Amtsleiter Wolfgang Winkler merkt an, dass bereits eine zusätzliche Straßenlaterne aufgestellt wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

zu 4)
Der Obmann des Ausschusses für Gemeindeimmobilien, Sport, Kultur und Abfallwirtschaft, Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank, trägt diesen Tagesordnungspunkt vor:

a)
Im „Alten Gericht" soll der derzeitige Lagerraum (ehemalige Garderobe) durch eine Trockenbauwand abgetrennt werden, es werden in diesem Zuge auch zwei Brandschutztüren eingebaut und die Brandmeldeanlage erweitert. Diese Maßnahmen sind für die Schaffung eines Gruppenraumes für die Nachmittagsbetreuung erforderlich. Die Kosten belaufen sich auf ca. € 10.000,00 netto.

GR Josef Wopfner sieht den Verlust des Raumes für Veranstaltungen negativ. GR Daniel Plank ist derselben Meinung. Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank ist sich dessen bewusst, nach eingehender Prüfung gibt es aufgrund der hohen Kinderzahl in der Schulischen Tagesbetreuung keine andere Option.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

b)
Im „Alten Gericht" ist die Polsterung im Bereich der Bar sehr in die Jahre gekommen. Es wäre notwendig, die Polsterung zu erneuern. Die Kosten belaufen sich auf ca. € 2.000,00 netto.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

c)
Beim Gemeindebauhof wird angedacht, den Kassenraum des Wertstoffhofes in ein Büro für den Bauhofleiter umzubauen. Als Ersatz für den Kassenraum wird ein Container angeschafft und im Freigelände des Wertstoffhofes aufgestellt. Die Kosten belaufen sich auf ca. € 8.500,00 netto.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

d)
Wie bereits üblich, ist auch 2023 wieder ein Subventionsansuchen der Pfarre zur Unterstützung bei den Heizkosten für die Pfarrkirche, Schloss- und Vigilkirche eingegangen. Es soll wieder eine Subvention in der Höhe von € 4.500,00 gewährt werden.

GR Ing. DI (FH) Christoph Niederhauser erkundigt sich, ob der Gemeinde eine Rechnung der Heizkosten vorliegen würde. GR Josef Wopfner merkt an, dass die Kirchen elektrisch beheizt werden, somit eine genaue Kostenaufstellung schwierig sei. Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank nimmt dies so mit und wird bei einem nächsten Subventionsansuchen einen Kostennachweis anfordern. GR Romed Giner schlägt vor, dass nächstes Jahr das Widum mit einer Photovoltaikanlage ausgestattet werden soll. Dies könne dann in Folge von der Gemeinde großzügig subventioniert werden. Als weiterer Schritt könnte die Pfarre der erneuerbaren Energiegemeinschaft beitreten. Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank findet diesen Ansatz interessant und er schlägt vor, dass dies im zuständigen Ausschuss behandelt werden soll.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

zu 5)
Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank berichtet, dass am Montag, den 13.11.2023 der Amtsverzicht als Bürgermeister von Christoph Walser schriftlich eingereicht wurde. Bürgermeister-

Stellvertreter Ing. Martin Plank verliest das Schreiben. Die weitere Vorgangsweise wird im nicht öffentlichen Teil behandelt.

Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank verliest ein Schreiben von LH-Stv. Josef Geisler bezüglich der Zufahrt Thaur-Ost. In diesem Schreiben stellt er die Realisierbarkeit der Umfahrung in Aussicht mit einer „namhaften finanziellen Unterstützung". Ebenso wird ein Tausch der derzeitigen L8 angesprochen.

GR Prof. Mag. Josef Bertsch gibt an, dass ein Tausch der L8 und auch die Äußerung „namhafte finanzielle Unterstützung" seiner Ansicht nach völlig indiskutabel sei. Abgesehen davon ist aufgrund der noch laufenden Grundzusammenlegung dieses Projekt ohnehin nicht realisierbar. GR Ing. DI (FH) Christoph Niederhauser ist der Meinung, dass hier noch eindeutig Diskussionsbedarf bestünde. Weiters merkt er an, dass in naher Zukunft die Bert-Köllensperger-Straße saniert werden muss. Ebenso ist der Essacherweg durch den Schwerverkehr ebenfalls sanierungsbedürftig. Nach kurzer Diskussion kommt man überein, dass Mitglieder des Gemeindevorstandes erneut bei LH-Stv. Josef Geisler vorstellig werden sollen. Ein Termin hierfür wird vereinbart. An dieser Stelle merkt GR Romed Giner an, dass bei diesem Termin eine Maximalforderung gestellt werden muss. Die Nachbargemeinden haben durch den Straßenbau in unserer Gemeinde bislang sehr profitiert.

Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank berichtet von einem Lokalaugenschein zusammen mit der Abteilung Bodenordnung betreffend dem Radwegekonzept. Man hat eine mögliche Routenführung vom Samerweg kommend auf Ausweichen basierend angeführt. Es sollen die Wirtschaftswege so wenig als möglich benützt werden. GR Prof. Mag. Josef Bertsch spricht von heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Gremien. Es herrsche ein enormer Druck. Seiner Ansicht nach muss man irgendwann zu einem Ergebnis kommen. Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank ist der Meinung, dass die Stadtgemeinde Hall i.T. am Zug sei, den Burgfrieden auszubauen. Erst dann kann die Gemeinde weiter planen.

zu 6)
Im nicht öffentlichen Teil wurde eine Personalangelegenheit (Waldaufseher) behandelt.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung der Personalangelegenheit

zu 7)
GR Karin Sommeregger merkt an, dass zu Schulbeginn die Fraktion FPÖ vor der Schule Informationsmaterial und kleine Geschenke verteilt habe. Ihr wurde mitgeteilt, dass ein teils aggressives Verhalten an den Tag gelegt wurde. Die Kinder seien fast gezwungen worden, das Präsent anzunehmen. Sie ist der Ansicht, Wahlwerbung jeglicher Art soll von der Schule ferngehalten werden. GR Prof. Mag. Josef Bertsch und GR Judith Huetz sind derselben Ansicht und man solle die Schulleitung darum bitten, solche Aktionen sofort zu unterbinden.
GR Prof. Mag. Josef Bertsch spricht den Straßennamen „Feldweg" an. Er ist der Ansicht, diese Straßenbezeichnung sei äußerst unpassend. Da es bislang nur Feldweg Nr. 1 gibt, wäre jetzt noch ein guter Zeitpunkt die Straßenbezeichnung zu ändern. Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank informiert, dass dies im Gemeindevorstand behandelt werden soll. GR Josef Wopfner ist der Meinung, die Wegbezeichnungsthematik im Gemeinderat zu besprechen.
GR Mag. Karin Lamm merkt an, dass das Parkverbot in der Schulgasse (gegenüber Mini-M) selten eingehalten wird. Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank weist diesen Punkt dem zuständigen Ausschuss zu.

Der Bürgermeister-Stellvertreter:

Gemeindevorstand:

Ein weiteres Gemeinderatsmitglied:

Der Schriftführer: